



Detailansicht des Registereintrags

Leibniz-Gemeinschaft

Aktuell seit 21.07.2026 13:51:08

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001765
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	21.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	16.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wissenschaft, Hochschule oder Forschungseinrichtung
Kontaktdaten:	Adresse: Chausseestraße 111 10115 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49302060490 E-Mail-Adressen: info@leibniz-gemeinschaft.de Webseiten: <u>www.leibniz-gemeinschaft.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges, Wirtschaftliche Tätigkeit, Schenkungen und sonstige lebzeitige
Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

510.001 bis 520.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,51

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. Albert Sickmann**
Funktion: Vizepräsident
2. **Dr. Martin Mittelbach**
Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (11):

1. **Dr. Bettina Böhm**
2. **Viktoria Konstanze Peymann**
3. **Dr. Jan Biesenbender**
4. **Dr. Veronika Thanner**
5. **Dr. Johannes Bronisch**
6. **Dr. Britta Horstmann**
7. **Claudia Labisch**
8. **Martin Lessing**
9. **Christine Wennrich**
10. **Prof. Dr. Albert Sickmann**
11. **Dr. Martin Mittelbach**

Gesamtzahl der Mitglieder:

96 Mitglieder am 01.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Allianz der Wissenschaftsorganisationen
2. Nationales MINT-Forum
3. Berliner Forschungsnetzwerk

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (9):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Internationale Beziehungen; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Tierschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet als eingetragener Verein 96 eigenständige Forschungseinrichtungen. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Die Leibniz-Gemeinschaft setzt Schwerpunkte im Wissenstransfer. Sie berät und informiert Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit in Form von Gesprächen und Veranstaltungsreihen, Stellungnahmen und Policy Papers.

Die Leibniz-Gemeinschaft vertritt die gemeinsamen Interessen der Mitgliedseinrichtungen gegenüber dem Bund, den Ländern, anderen Wissenschaftsorganisationen und der Öffentlichkeit. Zu diesem Zwecke werden parlamentarische Veranstaltungen und Diskussionsrunden angeboten, zu welchen auch Mitglieder der Regierung und der Ministerien sowie Bundestagsabgeordnete eingeladen werden. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wissenschaft (z.B. Bürokratieabbau, Umsatzsteuerfreiheit bei wissenschaftlichen Kooperationen) nimmt die Leibniz-Gemeinschaft über Positionspapiere zudem Stellung zu konkreten Regelungsvorhaben. Die gemeinsamen Interessen umfassen:

- die Stärkung der Qualität, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedseinrichtungen,
- die Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedseinrichtungen,
- die Förderung der Zusammenarbeit mit Hochschulen und anderen nationalen, europäischen und internationalen wissenschaftlichen Einrichtungen,
- die Förderung von Chancengleichheit und Diversität,
- die Förderung der Karriereentwicklung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern insbesondere in einer frühen Karrierephase sowie mit Blick auf unterschiedliche berufliche Werdegänge,
- die Gewährleistung der Forschungsethik insbesondere nach den Grundsätzen Guter Wissenschaftlicher Praxis,
- die Förderung eines interaktiven Transfers wissenschaftlicher Erkenntnis in alle Bereiche der Gesellschaft, der Bereitstellung forschungsbasierter Dienstleistungen und des freien Zugangs zu Forschungsergebnissen und -daten.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Neuregelung § 2b UStG

Beschreibung:

- Nutzung der Übergangsfrist von § 2b UStG zur Klärung der mit der Neuregelung verbundenen Folgen für wissenschaftliche Kooperationen
- Besteuerung von gemeinsamen Berufungen und weiteren Kooperationen in der Wissenschaft verhindern durch Einführung einer Bereichsausnahme für Forschungsk Kooperationen auf nationaler Ebene oder Einführung einer bereichsspezifischen Steuerbefreiung von Forschungseinrichtungen in der EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie

Betroffenes geltendes Recht:

UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu];
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und
Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2410100014 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. SG2410100015 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP)
[alle SG dorthin]

3. SG2607200007 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.05.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) [alle SG dorthin]

2. Einführung eines Forschungsdatengesetzes

Beschreibung:

- Schaffung einer bundeslandübergreifenden Regelung zum Datenteilen innerhalb der Wissenschaft und über Sektoren (Wirtschaft, öffentliche Verwaltung, Statistikämter, Gesundheitsdaten etc.) hinweg
- Ermöglichung des Zugangs zu Daten anderer Sektoren, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu generieren und die wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung weiter auszubauen
- Beseitigung von rechtlichen Unsicherheiten bezüglich des Datenschutzes und des Urheberrechts, die das Datenteilen erschweren
- Etablierung von Treuhandmodellen und einer Treuhandstelle zur Vermittlung zwischen Datengebern und -nutzenden bzw. Etablierung von Verfahren für das Teilen von Daten zwischen den Sektoren

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten Nutzun von Daten für die Forschung

Datum des Referentenentwurfs: 22.12.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu];

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2602120004 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) [alle SG dorthin]

2. SG2607210005 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.05.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) [alle SG dorthin]

3. Mitgestaltung des 10. EU-Forschungsrahmenprogramms**Beschreibung:**

- Aufrechterhaltung des Exzellenzprinzips sowohl in der Grundlagen- als auch der angewandten Forschung
- Fokussierung der EU-Förderung auf große gesellschaftliche Herausforderungen und dabei Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Wissenschaft
- Beschluss eines ambitionierten Budgets für das 10. Forschungsrahmenprogramm, das ausschließlich Forschung und Innovation vorbehalten sein soll

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409240011 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP)
[alle SG dorthin]

4. Schaffung eines eigenen Tierversuchsgesetzes

Beschreibung:

- 1) Einführung eines nationalen Tierversuchsgesetzes
- 2) Einführung bundesweit angepasster, digitalisierter und einheitlicher Antragsformulare für Tierversuchsvorhaben
- 3) Verbesserungen bei Genehmigungsverfahren für Tierversuche
- 4) Es sollte ermöglicht werden, dass Forschungsverbünde ein gemeinsames Tierversuchsvorhaben beantragen (z.B. ein gesamter SFB, Exzellenz- und Schwerpunktprogramme oder Forschungsinstitute).
- 5) Aktualisierung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes (AVV) durch Anpassung an die aktuelle Rechtslage (inklusive EU-Recht).

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2506170032 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP)
[alle SG dorthin]

Versendet am 03.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2607200009 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.05.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) [alle SG dorthin]

5. Nutzung des Sondervermögens Infrastruktur Bund/Länder/Kommunen für Forschungs- und Informationsinfrastrukturen

Beschreibung:

Beschreibung:

Umfangreiche Forschungs- und Informationsinfrastrukturen sind Magneten für die Spitzenforschung, sichern einen Vorsprung in der Technologieentwicklung und erzeugen große wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirkungen am Standort. Um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken, muss innerhalb des Sondervermögens Infrastruktur ein definierter Finanzrahmen für umfangreiche Forschungs- und Informationsinfrastrukturen geschaffen werden. Die Auswahl der wissenschaftlich vielversprechendsten und für Deutschland wichtigsten Vorhaben muss in einem turnusmäßigen, wissenschaftsgeleiteten und von Partikularinteressen unabhängigen Auswahlprozess im Dialog mit der Politik erfolgen.

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506170044 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Modernisierung der Regelungen für embryonale Stammzellforschung

Beschreibung:

Die Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen ist in Deutschland stärker eingeschränkt als in fast allen anderen europäischen Ländern. Da nur importierte, häufig veraltete Zelllinien genutzt werden dürfen, Stichtags- und Herkunftsregelungen zu beachten und zudem komplexe Genehmigungsprozesse notwendig sind, entstehen in einigen Forschungsfeldern (z. B. zellbasierte Therapien) gravierende Nachteile bzw. Verzögerungen für Forschende in Deutschland.

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607210009 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.05.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) [alle SG dorthin]

7. Schaffung eines wissenschaftsadäquaten Gesetzes zur Arbeitszeiterfassung

Beschreibung:

Das geltende Arbeitszeitrecht ist nicht ausreichend auf die Besonderheiten wissenschaftlicher Tätigkeit zugeschnitten, etwa die Betreuung von wissenschaftlichen Versuchen oder interkontinentales Arbeiten. Zudem schränkt es die Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 Abs. 3 GG erheblich ein, indem es Forscher:innen in Deutschland das Forschen außerhalb ihrer Arbeitszeiten arbeitsrechtlich untersagt, auch wenn sie freiwillig weiterarbeiten möchten (z. B. im Rahmen ihrer Promotion).

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

8. Novellierung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes

Beschreibung:

In Bezug auf die Änderung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes sollen Ausnahmen vom Besserstellungsverbot erweitert, Spin-Offs und Bauvorhaben beschleunigt und der Anwendungsbereich erweitert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4500 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMFTR [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WissFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607210011 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.05.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) [alle SG dorthin]

9. Bürokratieabbau Vergaberecht

Beschreibung:

Unterstützung der geplanten Erleichterungen im Vergaberecht und einer Reduktion der Berichtspflichten. Angestrebt wird eine weitere Anhebung der Schwellenwerte und deren Vereinheitlichung.

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607210027 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.05.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

20.001 bis 30.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.**

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Förderbetrag zur Erfüllung der Aufgaben der WGL

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

8.780.001 bis 8.790.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[Bericht-Leibniz-Gemeinschaft-JAP_2025_.pdf](#)